

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat zu Leipzig

Arm ist nicht sexy!

Positionspapier Kultur-
und Kreativwirtschaft

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig



Positionspapier Kultur- und Kreativwirtschaft

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig

Leipzig Mai 2012

Inhalt

1	Definition Kultur- und Kreativwirtschaft	5
2	Einordnung des Standortes Leipzig im überregionalen Kontext der Kultur- und Kreativwirtschaft	9
3	Studie »Medien- und Kreativstandort Leipzig« . . .	12
4	Politische Perspektive auf Kultur- und Kreativ- wirtschaft aus linker Sicht	14
5	Politische Handlungsoptionen für DIE LINKE in Leipzig und Sachsen	17

*Die gelegentlich ans Manische grenzende Durchforstung der Welt nach dem Echten und Glaubwürdigen, der große gesellschaftliche Authentizitäts-Porno (Diedrich Diedrichsen) bildet das Heimweh nach einen unschuldigen Alltag ab, der jenseits des Marktgesetztes funktioniert. [...] Im Authentizitäts-Wahn drückt sich der Wunsch aus, nicht (mehr) als Human-Resource betrachtet zu werden, nicht als menschlicher Rohstoff.**

1 Definition Kultur- und Kreativwirtschaft

Unter Kultur- und Kreativwirtschaft versteht man jenen gesellschaftlichen Bereich, in dem Künstler und Kreative tätig sind, die von der Produktion ihrer künstlerisch-kreativen Tätigkeit und deren Verwertung leben. Die Produktion kultureller Werte oder kreativer Produkte im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft ist demnach erwerbswirtschaftlich ausgerichtet. Darin zunächst nicht eingeschlossen sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Freiberufler im Bereich öffentlich geförderter Kulturbetriebe, wie Vereinen, Museen und Theater (vgl. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages *Kultur in Deutschland*, 2007, S. 341). Das so genannte Dreisektorenmodell, das die Finanzierung von Kultur nach dem Mittelgeber (öffentliche Hand, Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft) unterscheidet, ist für das Verständnis der Problematik hilfreich, aber nicht hinreichend. Oft sind Akteure aus dem einen Sektor auch als Akteure des anderen Sektors tätig und unterscheiden selbst nicht, von wem

sie bezahlt werden. Dass damit zugleich auch die Grenzen von Kultur als Wert versus Ware aufweichen, liegt auf der Hand.

So gesehen bildet Kultur- und Kreativwirtschaft einen Teil der kulturellen Infrastruktur, insofern als viele Akteure in Bereichen tätig sind, die indirekt öffentlich gefördert sind. Nicht selten waren jene Akteure zuvor selbst in öffentlich geförderten Kulturinstitutionen tätig, beispielsweise in Theatern, Museen oder in öffentlichen Rundfunkanstalten. Kultur- und Kreativwirtschaft bildet aber auch einen Teil der wirtschaftlichen Infrastruktur insofern, als die kreative Produktion der Akteure, freiwillig oder unfreiwillig, den Marktgesetzen innerhalb des kapitalistischen Systems unterliegt. Die strikte Trennung zwischen Kultur- und Kreativwirtschaft als privatwirtschaftlich orientiertes Cluster und der öffentlich geförderten Kultur, insbesondere mit ihren freiberuflichen Akteuren, wird der Praxis zu wenig gerecht. Gerade an der Schnittstelle von Kultur- und Kreativwirtschaft und öffentlicher geförderter Kultur entstehen immer häufiger Aktivitäten, die auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind und dennoch die Akteure zwingen, diese erwerbswirtschaftlich zu planen und umzusetzen. Beispielhaft dafür sind zahlreiche Initiativen im Leipziger Westen.

Bund, Länder und Kommunen haben sich mittlerweile an der Definition der Enquête-Kommission *Kultur in Deutschland* orientiert. Allgemein werden elf Teilmärkte bzw. -branchen unterschieden: Architektur, Literatur und Buch, Design, Film, Kunst, Darstellende Kunst, Musik, Presse, Rundfunk, Software und Werbung.

Die Branchenaufzählung ist einerseits hilfreich, denn sie gibt einen Überblick über die Bandbreite der Kultur- und Kreativwirtschaft. Andererseits sind die Tätigkeitsfelder inzwischen so

differenziert, dass oftmals eine Zuordnung der Akteure zu einer Branche schwer fällt. So siedelt sich beispielsweise ein Grafikdesigner für Websites im Schnittfeld von Kunst, Software, Design und Werbung an.

Kultur- und Kreativwirtschaft berührt sowohl wirtschafts- als auch kulturpolitische Zuständigkeiten und ist im Querschnitt dieser Ressorts zu betrachten. Die zunehmende Bedeutung dieses Politikfeldes hat mehrere Gründe. Zum einen leitet sie sich aus der stärker werdenden politischen Tendenz ab, wirtschaftliche Eigenverantwortung als individuelle Freiheit zu inszenieren und damit Grundwerte einer solidarischen und gemeinwohlorientierten öffentlichen Steuerung sukzessive zu marginalisieren. Das spiegelt sich beispielsweise in der politischen Debatte um die Kultur- und Kreativwirtschaft wider, in der der gesamtgesellschaftliche Mehrwert von Kultur einer überwiegend ökonomischen Betrachtung der Kultur als Markt weicht. Zum anderen bilden die Arbeitsformen der Kultur- und Kreativwirtschaft eine für den neoliberalen Diskurs geeignete Folie, um eigenverantwortliche, sozial wenig abgefederte Arbeitsweltszenarien positiv zu besetzen und mittelfristig zum Standard zu erklären.

Davon ungeachtet eignet sich der Begriff Kultur- und Kreativwirtschaft, um tatsächlich vorhandene ökonomisch ausgerichtete Unternehmen und die Vielzahl der (Allein-)Selbstständigen, die mit künstlerischer und/oder kreativer Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten, zu beschreiben und in den Fokus politischer Aufmerksamkeit zu rücken. Die durch zahlreiche Studien (u. a. *Monitoring zu ausgewählten wirtschaftlichen Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland 2009*. BMWi (Hrsg), 2010; *Erster Kulturwirtschaftsbericht für den Freistaat Sachsen 2008*, SMWA (Hrsg.) 2008) belegten Umsatzgrößen öffnen den

Blick für die gesamtwirtschaftliche Bedeutung künstlerischer und kreativer Praxis. Kultur- und Kreativwirtschaft sollte jedoch keineswegs darauf reduziert, sondern immer im Kontext eines gesamtgesellschaftlichen Kulturbegriffes betrachtet werden.

*Längst haben die kreativen, oft akademisch ausgebildeten und weltgewandten Prekären viel mehr gemein mit den auf Stunde bezahlten Supermarktregaleinräumern, den per Zeitarbeit verliehenen Security-Bären und den Sieben-Tage-die-Woche-Wurstbudenverkäufern, über die sie mitfühlende Reportagen schreiben, aufrüttelnde Sozialstudien erstellen oder deprimierende Reality-Dokus drehen, als mit den Agenturchefs, Etatbewilligern oder Ressortleitern, von denen sie sich Aufträge erhoffen und ein bisschen Honorar.**

2 Einordnung des Standortes Leipzig im überregionalen Kontext der Kultur- und Kreativwirtschaft

Leipzig stellt im überregionalen, vor allem aber im mitteldeutschen Kontext, einen zentralen Standort der Kultur- und Kreativwirtschaft dar. Diese Bedeutung spiegelt sich beispielsweise im Leipziger Kulturentwicklungsplan von 2008. Dort heißt es: »Kreativwirtschaft sucht meist Großstädte mit geschichtlicher Aura und mit Zentralitätsfunktion. Beides gilt für Leipzig in hohem Maße. In Leipzig bestehen damit beste Aussichten für kulturwirtschaftliches Wachstum. Das Gefüge privater Institutionen der Kulturwirtschaft und öffentlicher Kultureinrichtungen kann als Hebel für weitere Wachstumsimpulse genutzt werden. Für Erfolge ist es entscheidend, dass die kulturellen Bedingungen – das Flair, die kritische Masse an kulturellen Institutionen und Veranstaltungen – stimmen.« Die hier erwähnte günstige Stadtentwicklungsstruktur ist eine entscheidende Ursache für

die Ansiedlung von Kultur- und Kreativwirtschaft. Wenn auch in abnehmenden Maße verfügt Leipzig über unterentwickelte Stadtteile, in denen Gewerbe- und Wohnraum, vornehmlich in ungenutzten Industriestandorten, angemietet und umgenutzt werden kann. Der Höhepunkt dieses Trends scheint überschritten. Im Leipziger Süden und Westen, Stadtteile, die sich nicht zuletzt aufgrund der angesiedelten Kultur- und Kreativwirtschaft in Verbindung mit großen städtischen Institutionen in der jüngsten Vergangenheit zu lukrativen Stadträumen entwickelt haben, sind stadtplanerische Nischen und Leerstände, die sich für die Ansiedlung von Kultur- und Kreativwirtschaft anbieten, mittlerweile besetzt. Nur wenige städtische Großräume, wie beispielsweise der Leipziger Osten, verfügen noch über Entwicklungspotenzial in nennenswerten Größenordnungen.

Zum anderen verfügt Leipzig über eine außerordentlich dichte und vielfältige Ausbildungssituation für Berufe im kreativen Bereich. Die Hochschulen für Grafik und Buchkunst und für Musik und Theater, die HTWK mit ihren Ausbildungsbereichen Bibliothekswissenschaft und Verlagswesen sowie Medien, die Burg Giebichenstein in Halle mit ihren Ausbildungsbereichen Kunst und Design sowie die Leipzig School of Design, aber auch die universitären Studiengänge Kultur- und Medienwissenschaft bilden gemeinsam ein Zentrum des Nachwuchses der Kreativbranche. Viele Absolventen verbleiben aufgrund der Attraktivität der Stadt und der guten Lebens- und Arbeitsbedingungen in Leipzig bzw. in der Region. Die Ausbildungssituation wird von zahlreichen städtischen Aktivitäten flankiert. Beispielhaft seien hier die Grassmesse des Museums für angewandte Kunst, die Designer's open, das Dokfilmfestival, das Festival zeitgenössischer Fotografie f-stop sowie die Filmkunstmesse genannt.

Diesem Angebot an öffentlicher Infrastruktur steht eine noch unzureichend entwickelte Nachfrage gegenüber. Die Kunden der Kultur- und Kreativwirtschaft finden sich nur zum geringen Teil in der Region, denn gute Entwicklungsbedingungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft gehen in Leipzig einher mit einer insgesamt unterdurchschnittlichen Einkommens- und Wirtschaftsstruktur, sozialer Benachteiligung eines Großteils der Bevölkerung und eines nur mäßig stabilen Arbeitsmarktes (Ausnahmen bilden hier die Automobilindustrie und Logistikbranche).

*Pragmatismus ist das Zauberwort. Viele benutzen es wie ein Bußgebet. »Man muss die Dinge pragmatisch sehen«, sagen sie, wenn es eng wird, also ständig, rund um die Uhr, immer wieder. [...] Wenn die Formel Pragmatismus fällt, blickt man sich von Erwachsenem zu Erwachsenem in die Augen und weiß: Es ist eine Lüge. Der Pragmatismus ist eine ideelle Bankrotterklärung.**

3 Studie »Medien- und Kreativstandort Leipzig«

Die aktuellste Analyse der Kultur- und Kreativwirtschaft für den Raum Leipzig liegt seit Juni 2011 unter dem Titel *Medien- und Kreativstandort Leipzig 2010* vor. Seit 1996 lässt das Amt für Wirtschaftsförderung Daten zur Branche erheben und analysieren. Analog zur Studie, die abweichend von der gängigen Begrifflichkeit den Schwerpunkt der Medienwirtschaft betont, ist ebenfalls 2011 ein wirtschaftspolitisches Cluster *Medien- und Kreativwirtschaft* definiert worden. Aufgrund der Studiendaten erkennt die Stadtverwaltung die Bedeutung der Branche an und plant, ihre strategischen wirtschaftspolitischen Aktivitäten auf diesem Sektor zu bündeln und zu intensivieren. Das ist zunächst zu begrüßen.

Problematisch ist hingegen, dass die genannte Studie eine qualitative Untersuchung enthält, diese sich aber auf vier Teilmärkte beschränkt. Sollen wirtschaftspolitische Maßnahmen zielgerichtet auf die Teilmärkte wirksam werden, sind ergänzende Analysen aller Teilmärkte erforderlich. Das statistische Material ist zudem insofern unvollständig, da es nur jene Akteure

einschließt, deren Jahreseinkommen 17.500 Euro übersteigt. Einkommensgrenzen darunter werden von der Stadt Leipzig nicht erfasst. Es ist jedoch zu vermuten, dass viele Leipziger Akteure diese Grenze unterschreiten.

*Tatsächlich stellen wir Freiberufler – ob Steuerberater, Altenpfleger oder Werbetexterin – eine nicht unwesentliche Säule des großen »Job-Wunders« dar, das Politiker und Ökonomie-Optimisten so gern im Mund führen. Wer eine Existenzgründung anmeldet, räumt ein Plätzchen in der Arbeitslosenstatistik.**

4 Politische Perspektive auf Kultur- und Kreativwirtschaft aus linker Sicht

Die Entwicklung einer stabilen kulturellen Infrastruktur liegt im Interesse linker Politik. Dieses Interesse schließt ausdrücklich einen frei zugänglichen Markt kultureller Güter ebenso ein, wie eine strategisch ausgerichtete Politik, die sich am Gemeinwohl, insbesondere im Bereich der Kultur, orientiert. Kunst als Spannungsfeld von individuellen Lebensentwürfen mit hohem Autonomieanspruch einerseits und Grundlage eines auf Teilhabe und Kultur ausgerichteten Gesellschaftsbildes andererseits ist integraler Bestandteil linker Politik.

Nichtsdestoweniger ist der Diskurs um die Kultur- und Kreativwirtschaft kritisch zu reflektieren. Die einem neoliberalen Wertekanon verpflichtete positive Konnotation der Arbeitswelt Kultur- und Kreativwirtschaft widerspricht in ihrer Einseitigkeit linkem Grundverständnis. Das Label »kreativ« darf nicht missbraucht werden, um prekäre Lebensbedingungen zu idealisieren. Dabei ist nicht zu verkennen, dass dort, wo ein wachsender Markt weitestgehend ohne öffentliche Eingriffe existiert,

beispielsweise in der Games- und IT-Branche, Wertschöpfung stattfindet, die den Beschäftigten komfortable Einkommen sichert. Anders sieht es in jenen Bereichen aus, in denen sich öffentliches, privates und bürgerschaftliches Engagement überschneiden. Zu beobachten ist ein seit Jahren anhaltender Rückzug der öffentlichen Hand aus der Förderung kultureller Infrastruktur. Zahlreiche sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse im Bereich Theater, Museen, Rundfunk, Printmedien, Film, Musikschulen bis hin zur Soziokultur und den Volkshochschulen wurden abgebaut, ohne dass damit zwangsläufig ein Rückgang der Angebote einherging. Vielmehr sind die Arbeitsverhältnisse in Werk- und Honorarverträge umgewandelt worden. Die Freelancer konkurrieren auf einem Markt um immer weniger materielle Ressourcen. Die ehemals öffentlich Beschäftigten werden in die Selbstständigkeit gedrängt und per Definition zu Akteuren der Kultur- und Kreativwirtschaft. Dort spielen sie jedoch nur eine marginale Rolle, da ihre Einkommenssituation größtenteils prekär ist und unter dem statistisch erfassten Wert liegt. Laut Auskunft der Künstlersozialkasse verdiente eine Bildende Künstlerin 2011 als Berufsanfängerin durchschnittlich 9.715 Euro im Jahr. Noch schlechter steht es um die Darstellenden Künstler am Beginn ihrer Laufbahn, die durchschnittlich 8.668 Euro verdienten. Der Durchschnittsverdienst aller in der KSK Versicherten betrug 13.689 Euro. Die Einkommen der weiblichen Versicherten liegen in allen Künstlerbereichen deutlich niedriger als die der Männer. Die Zahlen verdeutlichen einmal mehr, dass eine Tätigkeit im Kultur- und Kreativbereich häufig nicht ausreicht, um ein selbstständiges Leben zu führen, noch weniger, wenn Mehrbedarfe durch Kinder und andere Familienangehörige entstehen. Ergänzt wird diese

Situation von Beschäftigungsverhältnissen im zweiten Arbeitsmarkt, die stets befristet und der Tätigkeit nicht entsprechend vergütet sind. Das Ende von KommunalKombi und AgHE in 2012 wird die Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft, insbesondere bei Beschäftigten im kommunalen Förderungsbereich, weiter verschärfen. Aktuell ist das Einkommensniveau in der Kultur- und Kreativwirtschaft im indirekt öffentlich geförderten Bereich jenseits der großen Kulturbetriebe der Stadt Leipzig in höchstem Maße unbefriedigend. Die Akteure verfügen häufig über eine akademische Ausbildung, starten hoch motiviert in den Beruf, haben im Berufsfeld selbst jedoch nur in Ausnahmefällen Entwicklungs- und Aufstiegschancen (the winner takes it all-Prinzip). In der Lebensphase der Familiengründung bleibt ihnen häufig nur die berufliche Neuorientierung oder aber eine ungesicherte Existenz mit Einkommen, die kein selbst bestimmtes Leben ermöglicht. Viele von ihnen sind auf einkommensunterstützende Transferleistungen angewiesen, die Altersarmut ist vorprogrammiert.

*Wir können nicht nur davon leben, dass wir uns gegenseitig filmen.***

5 Politische Handlungsoptionen für DIE LINKE in Leipzig und Sachsen

Bundesebene:

Eine Reform der Künstlersozialkasse ist längst überfällig. Die politische Steuerung hin zu einem stark ausdifferenzierten Markt der Kultur- und Kreativwirtschaft führt zu immer vielfältigeren Berufs- und Betätigungsfeldern und unsteten Erwerbsbiografien. Die Instrumente der sozialen Absicherung, namentlich die Künstlersozialkasse, müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen. Aktuell sind all jene Berufsbilder, die künstlerische Tätigkeit verwerten, aber nicht selbst künstlerisch produzieren, von einer Aufnahme in die KSK ausgeschlossen. Der Unterbrechung der künstlerischen Tätigkeit, etwa durch AgHE, folgt der Ausschluss aus der KSK.

Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Produkte und Dienstleistungen auf die ein Urheberrecht geltend gemacht werden kann, muss zwingend erhalten bleiben. Ein solcher ermäßigter Mehrwertsteuersatz stärkt einerseits die Nachfrageseite und mildert soziale Härten, die zweifelsohne insbesondere für freie Künstler bestehen, ab. Stiege der Mehrwertsteuersatz auf 19 %

ist die Existenz nicht weniger Akteure der freien Kunst, aber auch der Kultur- und Kreativwirtschaft, bedroht.

Landesebene:

Einrichtung eines Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft auf Landesebene. Analog zur Bundesinitiative »Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft« mit dem Regionalbüro Mitteldeutschland, sollte eine ähnliche Initiative auf Landesebene realisiert werden, die die Aufgaben nach Auslaufen der Bundesinitiative regional spezifiziert fortführt. Die Einrichtung mindestens einer **Koordinierungsstelle beim Ministerium für Wirtschaft** ist dazu unerlässlich, um ein solches Kompetenzzentrum mittelfristig aufzubauen.

Ein solches Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft könnte mit mehreren Aufgaben betraut werden: Angebot von Managementdienstleistungen, Management-Sharing, Angebot von Fortbildung sowie die Verwaltung eines Fonds für Kreativwirtschaft. Die Akteure sind aufgrund ihrer Ausbildung zumeist kaum in der Lage, Management-Dienstleistungen selbst in geforderter Qualifikation zu erbringen, weil ihnen das Know-How oder die nötigen finanziellen Ressourcen fehlen. **Management-Sharing**, also der Verleih von Teilzeitkräften speziell für die Kultur- und Kreativwirtschaft, ist ein sinnvoller Weg, hier Abhilfe zu schaffen. Flankierend gehörte auch ein breites Angebot an **Fortbildung** zu den verschiedensten Bereichen zu solch einem Kompetenzzentrum. Denkbar wäre zudem ein sachsenweiter **Fonds für Kreativwirtschaft**, der zins-

günstige Kredite bei Vorlage eines überzeugenden Businessplans an Kreative ausreicht.

Die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der großen kulturellen Landes- und Kommunaleinrichtungen muss langfristig gesichert werden. Der Trend zur Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse aus den »global playern« der Branche, Stadttheater, Orchester, große Zeitungen und Zeitschriften, öffentliche Rundfunkanstalten etc. muss gestoppt werden. Die wachsende Zahl der Akteure in der Kultur- und Kreativwirtschaft, die in prekären Verhältnissen leben, ist die direkte Folge von anhaltenden Kürzungen im Bereich der großen öffentlich geförderten Einrichtungen.

Kommunalebene:

Politik wie Verwaltung sollten ihre Aktivitäten für die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen dem öffentlich geförderten Kultursektor und dem privatwirtschaftlich organisierten Sektor der Kultur- und Kreativwirtschaft sensibilisieren und beide nicht länger als Antipoden betrachten. Gerade angesichts der massenhaften Umwandlung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in Werk- und Honorarverträge auch bei öffentlichen Institutionen, wie beispielsweise dem mdr, sind Akteure kaum mehr nur einem Sektor der Kulturbranche zuzuordnen. Förderinstrumente müssen der Interferenz beider Bereiche gerecht werden und Durchlässigkeit ermöglichen.

Die öffentliche Förderung der Kultur muss auf ein Maß angehoben werden, das den Akteuren angemessene Einkommen sichert. Die Schere zwischen abhängig Beschäftigten mit Tariflohn und den Beschäftigten im öffentlich geförderten Kulturbereich jenseits der großen Betriebe wird immer größer. Kürzungen bei annähernd gleichbleibendem Angebot verfestigen die prekäre Situation der Akteure. Der mit der (Allein-)Selbstständigkeit einhergehende und zunächst vielversprechende Autonomiegewinn der Akteure wiegt den Verlust an Sicherheit bei einer wachsenden Zahl von Akteuren kaum mehr auf. Im Kernbereich der Kultur- und Kreativwirtschaft, bei dem die Produkte auf einem freien Markt angeboten werden, muss es im politischen Interesse liegen, die Nachfrage nach den Produkten zu stärken.

Der wachsenden Vielfalt der Kultur- und Kreativwirtschaft gebührt stärkeres politisches Gewicht. Dazu gehört, dass Standorte der Kultur- und Kreativwirtschaft, die sich oftmals ohne Eingriffe von Politik und Verwaltung aus sich heraus entwickeln, durch stadtplanerische Maßnahmen geschützt werden. Der Mechanismus, dass Kreative einen zunächst undefinierten Standort besetzen, entwickeln und aufwerten, der dann von einem Investor aufgrund des gewachsenen positiven Umfeldes erworben und nicht selten zu hochwertigem Wohnraum entwickelt wird, so dass den Kreativen nur der Weg hin zu neuen Standorten bleibt, muss durchbrochen werden. Hier sind die Mittel der Stadtplanung, einschließlich öffentlicher Beteiligung, konsequenter als bislang anzuwenden.

Die einseitige Ausrichtung auf ökonomische Faktoren darf nicht der einzige Maßstab für Immobilienverkäufe aus öffentlicher Hand sein. Es ist im Rahmen stadtplanerischer Verfahren sowie im Management kommunaler und privatwirtschaftlicher Wohnungsbaugesellschaften darauf zu achten, dass im Kontext von Verkaufsvorhaben die Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft stärker Berücksichtigung finden.

In der öffentlichen Verwaltung sollte der Eigengesetzlichkeit der Kultur- und Kreativwirtschaft stärker Rechnung getragen werden. Notwendig ist die kooperierende, ergänzende und abgestimmte Arbeit der Dezernate Wirtschaft und Arbeit sowie Kultur. Die Konstruktion eines Clusters »Medien- und Kreativwirtschaft« im Kontext der städtischen Wirtschaftspolitik in Leipzig ist ein erster sinnvoller Schritt, dem weitere, konkrete auf die Anforderungen der Akteure zugeschnittene, folgen müssen. Denkbar ist zudem, die im Rahmen des EU-Programms »creativ cities« geschaffene Stelle nach Auslaufen des Projektes weiterzuführen. Hier können die Anliegen der Akteure gebündelt aufgenommen und Handlungsoptionen der Verwaltung stärker auf deren Bedürfnisse abgestimmt werden. Die Fortführung des Lotsenprinzips (ein Ansprechpartner für alle Anliegen eines Projektpartners) ist unerlässlich, um erfolgreich Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft zu unterstützen. Nur so können die Förderinstrumente der öffentlichen Verwaltung die Akteure auch tatsächlich erreichen, was bislang nur unzureichend der Fall ist, wie die Leipziger Studie zeigt.

Bei Ausschreibung öffentlicher Dienstleistungen sind die Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft stärker zu berücksichtigen. In der Vergabe von Aufträgen durch die Kommune sind bei öffentlichen Ausschreibungen größere Unternehmen im Vorteil, da nur sie sich die z. T. kostenintensive Beteiligung leisten können bzw. Zugang zu den Ausschreibungstexten in Branchenblättern haben. Wünschenswert sind in Zukunft mehr beschränkte Ausschreibungen, an denen die lokalen Akteure beteiligt werden.

Um dem Preisdruck auf dem Markt der Kultur- und Kreativwirtschaft entgegenzuwirken, ist es aus unserer Sicht notwendig, dass sich die Akteure vernetzen und organisieren. Wir unterstützen Anstrengungen in dieser Richtung, um zu gewährleisten, dass kreative Arbeit angemessen entlohnt wird. Hier ist zudem bei den Akteuren ein stärkeres Bewusstsein für den Wert der eigenen Arbeit notwendig. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft ist darauf zu achten, dass die Honorare angemessen sind. Solange es keinen Mindestlohn in der Kreativbranche gibt, sollte ein Mindestlohn von 35 Euro die Stunde als Richtwert dienen.

Die Bedeutung der Handwerksbetriebe im Rahmen der Kultur- und Kreativwirtschaft sollte gestärkt werden. Das Handwerk als Produzent kultureller Güter ist bislang im Kontext der Kreativwirtschaft zu wenig berücksichtigt. So werden beispielsweise die vielfältigen Möglichkeiten hinsichtlich Beratung und Fortbildung durch die IHK in Sachsen und Leipzig bislang kaum von den Akteuren wahrgenommen und auch von

Politik und Verwaltung zu wenig mit Kultur- und Kreativwirtschaft in Verbindung gebracht. Hier liegt jedoch enormes Entwicklungspotenzial.

Um den Produktionsbedingungen der Kultur- und Kreativwirtschaft stärker gerecht zu werden, sind Gründungen von Zusammenschlüssen, etwa in Form von Genossenschaften, zu unterstützen. In diesem Rahmen lassen sich kostengünstiger Gewerberäume mieten, Maschinen anschaffen und unterhalten sowie Betriebskosten für die Kreativen minimieren. Denkbar ist auch die Einrichtung einer »Leerstands Börse«, betrieben etwa vom Liegenschaftsamt der Stadt Leipzig.

Die prosperierende Struktur und Atmosphäre der Kultur- und Kreativwirtschaft in Leipzig sollte im Stadtmarketing eine größere Rolle spielen, ohne die lebendige Entwicklung zu musealisieren. Angesichts der angenommenen und z. T. nachweisbaren Standortvorteile, die sich aus der Ansiedlung von Kultur- und Kreativwirtschaft ergeben, und einer nicht zu unterschätzenden Umwegrentabilität von Kultur allgemein, ist das Augenmerk der touristischen und wirtschaftlichen Vermarktung dieses Sektors als integrativer Bestandteil der Stadt verstärkt auf die Kultur- und Kreativwirtschaft zu richten.

- * Katja Kullmann: Echtleben. Frankfurt am Main, 2011
- ** Harald Wolf, ehemaliger Wirtschaftssenator Berlin, DIE LINKE

(c) 2012 Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig
Neues Rathaus, 04109 Leipzig
Tel.: (0341) 1232159
www.linksfraktion-leipzig.de
linksfraktion@leipzig.de

Unter Mitwirkung von Maritta Brückner, Mandy Gehrt,
William Grosser, Dr. Skadi Jennicke, Dr. Volker Külow, Franz
Sodann, Julius Späte

